



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 76 - Plenarwoche 17. - 21. November 2008

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



I. Allgemeine Informationen: die Rückkehr der krummen Gurke

Am 12.11.2008 haben die Mitgliedstaaten den Vorschlägen der Kommission zugestimmt, spezifische Vermarktungsnormen für 26 Arten von Obst und Gemüse aufzuheben. Danach kann Obst und Gemüse unabhängig von Größe und Form ab dem 1. Juli 2009 europaweit vermarktet werden.

Die Normen waren ursprünglich auf Wunsch der Vermarktungsindustrie eingeführt worden, damit in standardisierte Gemüseboxen jeweils die gleiche Menge abgepackt werden konnte. Die EU-Norm zum Krümmungsgrad der Gurke galt jedoch manchen als Symbol der Brüsseler Bürokratie. Die knochige Möhre und die krumme Gurke sind nun europaweit willkommen. Abgeschafft werden sollen die Standards z.B. auch für Auberginen, Bohnen, Spargel, Zucchini, Knoblauch Avocados und Pflaumen. Die meisten der großen Produzentenländer wie Spanien, Frankreich, Polen oder Belgien waren gegen die Änderung, wurden jedoch u. a. von Deutschland überstimmt. Für 10 Obst- und Gemüsesorten, nämlich Äpfel, Zitrusfrüchte, Kiwis, Salate, Pfirsiche, Nektarinen, Erdbeeren, Gemüsepaprika, Tafeltrauben und Tomaten, werden die Normen beibehalten. Doch auch diese Erzeugnisse dürfen in Zukunft - mit bestimmter Kennzeichnung- außerhalb der Norm verkauft werden. Bislang durften diese nur als Futtermittel verwendet werden oder wurden weggeworfen.

II. Das Europäische Parlament (EP) hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. Reform der EU-Agrarpolitik

Das EP hat seine Position zur Reform der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (so genannter GAP-Gesundheitscheck) bestimmt. Inhalt der Reform ist unter anderem die Kürzung der Direktbeihilfen, die Anhebung der Milchquote um 1 % jährlich während der kommenden Jahre sowie die Einführung eines Milchfonds und ein Bericht über die Lage auf dem Milchmarkt 2010. Der Kompromiss bezüglich der Direktbeihilfen sieht vor, dass alle einem Betriebsinhaber in einem Kalenderjahr zu gewährenden Direktzahlungen, die 10 000 Euro überschreiten, jedes Jahr bis 2012 um folgende Prozentsätze zu kürzen sind: 2009 und 2010 jeweils um 6 % sowie 2011 und 2012 um jeweils 7 %.

Da das EP in Agrarfragen nur angehört wird, ist sein Votum allerdings nicht entscheidend. Die nationalen Agrarminister sind die alleinigen Gesetzgeber in der Agrarpolitik (Agrarrat). Sie haben daher in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag andere Positionen beschlossen.

Demnach erhalten die Bauern ab 2013 zehn Prozent weniger Direktzahlungen. Neben den bereits beschlossenen Einschnitten von fünf Prozent werden die Zahlungen ab 2010 schrittweise um weitere fünf Prozent gekürzt. Großbetriebe, die derzeit über 300.000 EUR EU-Hilfen erhalten, müssen auf zusätzliche 4% verzichten. Direktzahlungen bis 5.000 EUR sind von den Kürzungen ausgenommen. Das durch die Kürzungen frei werdende Geld wird im jeweiligen Bundesland bleiben und dort für die Entwicklung des ländlichen Raum verwendet werden. In Deutschland wird der größte Teil der Gelder in den so genannten Milchfonds fließen, mit dem die Milchbauern auf das Auslaufen der Quote im Jahr 2015 vorbereitet werden sollen.

Was die Milchquote selbst betrifft, so dürfen die Europäischen Bauern von 2009 an jährlich 1% mehr Milch erzeugen als bisher. Jedoch wird die jährliche Aufstockung der Milchquote von 2009 an nicht automatisch erfolgen, sondern für die Jahre 2010 und 2012 erst nach einer Analyse der Marktsituation durch die Kommission.

2. Neue Verordnung über Europäische Statistiken

Das EP hat über die neue Verordnung über europäische Statistiken abgestimmt. Europäische Statistiken sollen auf der Grundlage einheitlicher Normen und nach harmonisierten Methoden entwickelt, erstellt und verbreitet werden, um die Verfügbarkeit zu optimieren und die Aktualität zu verbessern. Zugleich sollen Unternehmen in der EU weniger statistische Daten an Eurostat oder nationale Statistikämter liefern müssen und somit entlastet werden.

3. Vorschlag zur Erfassung von Fluggastdatensätzen

In einer Entschließung zu dem Vorschlag für einen Rahmenbeschluss des Rates über die Verwendung von Fluggastdatensätzen (PNR-Daten) zu Strafverfolgungszwecken wies das EP daraufhin, dass derartige Maßnahmen beträchtliche Auswirkungen auf das persönliche Leben der Unionsbürger haben, und dass ein wirksamer Schutz der Privatsphäre und Rechtsschutz gewährleistet sein müssen. Die Abgeordneten verdeutlichten ihre Vorbehalte hinsichtlich Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit und Nutzen sowie der Vereinbarkeit mit der EU-Grundrechtecharta und der Europäischen Menschenrechtskonvention. Auch die Rechtsgrundlage der Maßnahme stellte das EP in Frage und behielt sich vor, erst über den Text abzustimmen, wenn seine Bedenken ausgeräumt sind. Auch die französische Ratspräsidentschaft ist sich der Bedeutung dieses Themas bewusst. Sie ließ es sich nicht nehmen, im EP Ausführungen darüber zu machen und die Bedeutung des Vorschlags zu betonen.

4. Bericht Zehn Jahre Wirtschafts- und Währungsunion

Das EP zog in dieser Woche eine positive Bilanz über die ersten zehn Jahre der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Die einheitliche Währung hat die wirtschaftliche Stabilität in den Mitgliedstaaten gefördert, insbesondere mit Blick auf die derzeitige Finanzkrise. Als zweitwichtigste internationale Währung neben dem US-Dollar erfüllt der Euro eine wichtige Funktion als Bezugswährung für viele Länder weltweit. Darüber hat er auf die Weltdevisenmärkte insbesondere in Krisenzeiten eine stabilisierende Wirkung und ist zu einem Symbol Europas geworden. Die Abgeordneten sprachen sich für einen EU-Sitz in internationalen Finanzinstitutionen aus, befürworten ein direktes System des Inflation Targeting der EZB und verlangen die Europäisierung der Finanzaufsicht sowie eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik.

III. Weitere Themen waren

- Blue Card-Richtlinie für hochqualifizierte Arbeitnehmer aus Drittstaaten
- globale Finanzkrise
- Legislativ- und Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2009
- Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung
- Nachhaltige Stromerzeugung aus fossilen Brennstoffen
- Lohngefälle zwischen Männern und Frauen
- EU-Schulobstprogramm
- größere Sprachauswahl auf den Webseiten der Ratspräsidentschaft
- Zukunft der Sozialversicherungssysteme und der Renten

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://eur-lex.europa.eu/>

Europabüro, Oldenburger Str. 97, 49377 Vechta, Tel.: 044 41/90 99 09, Fax: 044 41/90 99 10, E-Mail: info@europa-mayer.de
Europäisches Parlament, Büro ASP 15 E 154, Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Tel.: 0032-2-284-7994, Fax: 0032-2-284-99 94
E-Mail: hans-peter.mayer@europarl.europa.eu und Internet: www.europa-mayer.de